

# Protokoll

über die Landtagssitzung vom 14. April 1932

Anwesend alle Abgeordnete mit Ausnahme der Abgeordneten

Adolf Frommelt und Dr. W. Beck, welche entschuldigt sind.

Regierungsfunktionär: Dr. Hoop

Schriftführer: Gassner

Beginn der Sitzung um 9 $\frac{1}{4}$  Uhr mit Vorbesprechung im Konferenz-  
zimmer bis 11 Uhr.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und nach Rich-  
tigstellung eines Schreibfehlers genehmigt.

## 1. Punkt. Pensionsgesuch des Landweibels Jos. Strub.

Dasselbe wird zufolge Beschlusses im Konferenzzimmer zwecks  
Abklärung gewisser rechtlicher Fragen auf die nächste Sitzung  
verschoben.

## 2. Punkt. Gesuch der Malbuner Wiesen- und Hüttenbesitzer um eine Subvention für eine Wasserleitung.

Reg. Chef: verliest das Gesuch. Laut Antrag der Finanzkommission wird die  
Regierung beauftragt, die verausgabten Löhne mit 30 % aus dem  
vom Landtage bereits bewilligten Kredite für Notstandsarbeiten  
zu subventionieren, weshalb es keinen weiteren Beschlusses bedarf.

## 3. Punkt. Gesuch der Stallbesitzer von Gnalp-Ritzlina um eine Sub- vention für die im Jahre 1925 erstellte Wasserleitung.

Präsident: verliest das bezügl. Gesuch und gibt den Antrag der  
Finanzkommission bekannt, dem Gesuche der zu gewärtigenden Konse-  
quenzen wegen keine Folge zu geben.

Risch Ferdi: ~~erregt~~ regt an, diese Arbeit doch mit etwas weniger  
Prozenten zu subventionieren und zwar mit Rücksicht auf die schlim-  
me Lage der Bergbauern.

Präsident: Die Finanzkommission glaubte, es nicht verantworten zu  
können, da die Arbeit bereits 16 Jahre zurückliegt. Ferner seien  
an der Arbeit 17 Parteien beteiligt, die sich in die Kosten teilen.  
Bei Stattgebung hätte man ähnliche Gesuche in Fülle von Privaten  
und Gemeinden zu gewärtigen.

Batliner: Pflichtet dem Präsidenten bei und weist auf die Folgen hin.

Risch Ferdi: weist darauf hin, dass auch Schaan und andere Gemeinden  
in den letzten Jahren grössere Arbeiten gemacht haben, die nicht  
subventioniert worden seien und für welche auch kein bezogl. Gesuch  
zu erwarten sei.

Ich möchte aber doch in Anbetracht der misslichen Lage der Bergbauern eine kleine Subvention beantragen.

Reg. Chef: Es liegt bekanntlich ein Gesuch von Triesenerberger Bauern dem Landtage vor, die um irgend eine Hilfe ersuchen für die Linderung ihrer Notlage. Wir haben begonnen, diese Angelegenheit zu prüfen, haben uns in den Nachbarländer umgesehen, wie dort die bestehende Krise bekämpft wird. Desgleichen sammeln wir noch weiteres Material, um dem Landtage Anträge stellen zu können, wie diesem berücksichtigungswürdigen Gesuche der Triesenerberger entgegengekommen werden könnte. Wir müssen auf alle Fälle eine Verquickung der vorliegenden Fälle vermeiden. Eine Stattgebung des ersteren Gesuches zieht bestimmt eine grosse Reihe von anderen Gesuchen nach sich und die Landesmittel würden in unerträglicher Weise in Anspruch genommen werden.

Präsident: Möchte Abg. Risch seinen Antrag als formellen gestellt haben ?

Risch Ferdi: Zieht den Antrag als solchen zurück.

Die Abstimmung ergibt einstimmig mit Ausnahme des Abg. F. Risch Ablehnung des Gesuches.

4. Punkt. Pensionsgesuch der Frau Rosa Kaufmann, verehelichte Hartmann geb. Schlegel.

Präsident: Die Finanzkommission ist der Ansicht, dass jedwede rechtliche Grundlage für die Gewährung einer Pension fehlt. Denn dadurch, dass die Frau Hartmann sich wieder verehelichte mit Kaufmann, wurde jeder Pensionsanspruch aufgehoben. Die Frau betont zwar in dem Gesuche, dass sie in Notlage sich befinde, aber für Unterstützungen in diesem Sinne stehen andere Mittel zur Verfügung.

Infolge Ermangelung einer rechtlichen Grundlage für die Gewährung einer Pension wird das Gesuch einstimmig abgewiesen.

5. Punkt. Subventionsgesuch des Bauernvereins zur Beschaffung von widerstandsfähigen Saatkartoffeln.

Präsident: Gibt die nötigen Aufklärungen und den Standpunkt der Finanzkommission bekannt

Risch Ferdi: Ich möchte die Subventionierung von Saatkartoffeln sehr empfehlen nicht nur wegen Bedenken der Einfuhr der Krebskrankheit, sondern es sollte auch einmal ein anderer Samen in der

Land gebreucht werden. Es wäre eine Subventionierung nicht nur ein Vorteil für die Bauern, sondern auch für die Arbeiter und für jeden Mann, der überhaupt über etwas Grund verfügt. Die Kartoffeln sind ja das Brot der Armen und da kann für jedermann etwas Nützliches gemacht werden. Es dürfte aber eine höhere Subvention als Frs. 700.- erfordern und ich möchte beantragen, dass hierin weitgehendst entgegengekommen wird, wenn es auch das zwei- oder dreifache erfordert.

Risch Bennh.: Ich möchte den Abg. Risch F. unterstützen, weise aber darauf hin, dass Frs. 700 nicht ausreichen werden, sondern es dürfte das dreifache erheischen. Aber es kommt ja allen zu gute.

Präsident: Es scheint hier ein Missverständnis vorzuliegen, indem die Finanzkommission eben der Ansicht war, dass nur die Differenz zwischen dem ~~MARKT~~ Erlös des alten Kartoffelbestandes und dem Mehrpreis der einzuführenden Saatkartoffeln zu subventionieren sei. Heute scheint aber die Auffassung vorzuherrschen, dass das ganze Saatkartoffelkontingent, das zur Einfuhr gelangt, subventioniert werden soll.

Präsident: liest das Gesuch des Bauernvereins, woraus sich ergibt, dass die Subvention auf das ganze Einfuhrkontingent gemeint sei.

Elkuch: weist darauf hin, dass in Schellenberg bereits Bestellungen auf das neue Saatgut aufgenommen worden seien.

Marker: Die Meinung war die, dass die letztjährigen Kartoffeln heuer nicht mehr gepflanzt werden sollten, sondern man sollte diese der Alkoholverwaltung zur Verwertung verkaufen. Wenn man will, dass man vom Kartoffelkrebs sicher sein soll, so muss die letztjährige Ernte gänzlich verkauft werden, aber nicht hier im Lande. Dafür sollte gesorgt werden, sonst hat es keinen Sinn.

Hoop: Ich glaube, diese Sache ist nicht so schwierig, es sind ja viel Schweine vorhanden, an die es gefüttert werden kann und wird. Es ist ja auch bekannt gegeben worden, dass die alten Kartoffeln nicht mehr gesteckt werden dürfen. Und wenn man verbilligtes Saatgut bekommt, so wird sicherlich solches verwendet werden.

Vogt Basil: Pflichtet dem Abg. Risch Ferdi bei, dass es endlich an der Zeit sei, dass einmal eine andere Sorte ins Land komme und solche Kartoffeln

für alle subventioniert werden, dass also eine allgemeine Begünstigung eintritt.

Präsident: Es kann sich also die Subvention nur auf das vom Bauernverein bezogene bzw. bestellte Saatgut beziehen.

Vogt: Nur dieses Saatgut wolle subventioniert werden. Der Händler schaut nur auf den Profit.

Präsident: Welche Summe benötigt es hiezu?

Risch B.: Der Geschäftsführer des Bauernvereins meldete mit gestern abends, dass es rund 40,000 Kg, ausmache

Reg. Chef: Man muss ca. 20 Rp. rechnen für den Ankauf. Die Differenz ist also 7 Rp. Wieviel es erfordert, lässt <sup>sich</sup> nicht bestimmt sagen, man/kann aber beim Bauernverein noch die nötigen Unterlagen beschaffen und sich Klarheit über die Höhe der Subvention schaffen.

Hoop: Auf alle Fälle sollte jedem Unfug der Riegel gestossen werden.

Präsident: Es wollen über Mittag die nötigen Unterlagen beigebracht werden.

Punkt 6. Expropriationsansuchen der Gemeinde Triesenberg für die neu zu erstellende Strasse Sonnwies-Steinort-Kulm oder im Falle Nichtzustandekommens dieser Strasse für die Strecke Sonnwies-Rotenboden-Kulm.

Präsident: Gibt Aufschluss über das Ansuchen der Gemeinde, dass ihr das Expropriationsrecht eingeräumt werde zur Fortsetzung dieser Strasse.

Ferdi Risch: Ich war in letzter Zeit ab und zu oben am Triesenberg und hatte Gelegenheit, mit den Leuten zu reden. Es ist wirklich eine Notwendigkeit, dass dieses bewilligt wird. Vielleicht auch aus politischen Gründen etc. wird die Sache verunmöglicht. Es sind aber sehr viele arbeitslose Arbeiter oben, die sich nach einer Arbeit sehnen und gerade aus diesem Grunde, dass Arbeitsgelegenheit geschaffen wird und andererseits, dass die Arbeit vorwärts geht, muss das Expropriationsrecht bewilligt werden.

Präsident: bringt den Antrag zur Abstimmung, durch welche einstimmig der Gemeinde Triesenberg das Expropriationsrecht eingeräumt wird.

Mittagspause

Fortsetzung der Sitzung um 2 Uhr.

Punkt 7. Wahl eines Regierungsratsstellvertreters an Stelle des ablehnenden Gassner Josef Triesenberg 13.

Es wird Josef Schädler in Triesenberg Nr.219 von 13 anwesenden Abgeordneten mit 13 Stimmen gewählt.

Weiterbehandlung des Punktes 5.

Präsident: Die Erkundigungen haben ergeben, dass über 40,000 Kg. Kartoffel bestellt sind zu einem Preise von 19 - 20 Rp. pro Kilogramm. Wer <sup>durch den Bauernverein</sup> dafür ist, dass pro Kilogramm der einzuführenden Saatkartoffeln eine Subvention von 7 Rp. gewährt wird, möge dies bekunden, wobei festgelegt werden muss, dass ~~Handwerker~~ <sup>für durch</sup> Händler etc. ~~eingeführte~~ Saatkartoffeln die Subvention nicht gewährt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 8. Bereinigung der Landesrechnung 1931.

Die Landesrechnung wird Punkt für Punkt durchgelesen und der Präsident und der Reg. Chef geben die erforderlichen Aufklärungen und Aufschlüsse bei den überschrittenen bzw. nicht erreichten Positionen.

Titel I. wird diskussionslos genehmigt. (Nachtrag) S. 76f

Titel II. ~~abgelehnt~~. Wird diskussionslos genehmigt.

Titel III. Bauamt.

Risch Ferdi: Bei Position Unfallversicherung scheint mir diese Summe doch etwas hoch. Ich möchte fragen, ob hier Konkurrenz geübt wird.

Reg. Chef: Das Land hat die landschäftlichen Arbeiter bei einer Unfallversicherung versichert. Nun kommt es oft vor, dass kleine Akkorde mit Lohnsummen von <sup>Fr.</sup> 1000 und darunter vergeben werden, wo der Abschluss einer eigenen Unfallversicherung für die Akkordanten ~~sehr~~ sehr nachteilig wäre. Diese nehmen wir unter die landschäftliche Police. Wir haben mit der Firma abgemacht, dass Lohnbeträge, die unter Frs. 2000.- stehen, unter die landschäftliche Police kommen. Was höher ist, soll der freien Konkurrenz unterworfen werden.

~~Titel~~ Titel IV, V, VI und VII werden genehmigt.

Titel VIII. Sanität.

Reg. Chef,;

Reg. Chef: Unter Verschiedenes 4) figurieren einige Entschädigungen an Familien, die im letzten Sommer wegen Kinderlähmung eingesperrt waren und welche man entschädigen musste.

Präsident: Angeregt durch vielharte Wünsche in der Bevölkerung und auch auf Anregung eines Arztes möchte ich einen Vorschlag unterbreiten. Es wäre sehr erfreulich, wenn aus Mitteln des Tuberkulosenfürsorgefondes eine freie Kontrollstelle für tuberkuloseverdächtige Personen geschaffen werden könnte. Es würde dies etwa eine jährliche Ausgabe von 1000.- Fr. erheischen, was ja eine bescheidene Forderung ist. Um diesen Betrag wäre ein Arzt bereit, einen halben Tag in der Woche für diesen Zweck sich zur Verfügung zu stellen. Es wäre dies auch wirklich notwendig, damit dem Weitergreifen dieser Krankheit gesteuert werden könnte. Es könnte dann auch in vielen Fällen noch rechtzeitig eingegriffen werden.

Reg. Chef: Diese Anregung scheint mir ausserordentlich wertvoll zu sein und ich würde diese Neuerung sehr begrüßen.

Präsident: Man könnte sich ja die nötigen Unterlagen schaffen und sie zu einer reiferen Besprechung bringen. Vielleicht könnte von einer fachmässigen Seite aufgeklärt werden. Solche Institutionen sind auch anderswo schon errichtet. Ein grosser Prozentsatz der schon in den Jugendjahren dahin Siechenden könnte gerettet werden, bevor sie dem Tode verfallen sind.

Vogt: Bei diesem Anlasse sollte vielleicht in Erwägung gezogen werden, ob nicht die Spitalkosten bzw. die Mehrkosten, die die Liechtensteiner in ausländischen Spitälern bezahlen müssen, vom Lande übernommen werden sollten.

Präsident: klärt auf, dass in dieser Sache schon genug geschehe. Abg. Vogt habe jedenfalls nicht genaue Kenntnis von den für solche Zwecke fliessenden Geldern.

Hiezu sprechen noch Reg. Chef, Abg. Hoop und Risch F.

Peter Büchel: glaubt, dass man sich hierüber um etwas herumstreite, das nicht zu einem Ende führe, wenn man mit den Spitälern Abkommen treffen wolle. Es sei doch viel zweckmässiger und leichter, wenn man nach bisheriger Gepflogenheit die einzelnen Kranken nach Möglichkeit unterstütze. Abg. Vogt wird jedenfalls nicht wissen, dass viel auf diesem Gebiete gemacht wird.

Abg. Vogt: gibt sich zufrieden.

Titel IX. Soziale Fürsorge.

Risch Ferdi: Bei Punkt 2 ( Fremdenverkehrspropaganda) sollte nicht gespart werden, doch sollten gewisse Gastwirte und Kurhausbesitzer auch ihr Scherflein dazu beitragen. Die beste Reklame ist, wenn die fremden Gäste sagen können, wie sie da und da gut aufgehoben gewesen seien. Gastwirte und Kurhausbesitzer, welche Gäste schlecht bedient haben, sollten gemässregelt werden. Es sollte nicht mehr derartiges vorkommen wie letztes Jahr. Hier sollte Wandel geschaffen werden. Es ist nicht recht, wenn Leute um ihr gutes Geld nicht bekommen oder bei Autofahrten übernommen werden.

Präsident: Wer kein Kläger ist, da ist kein Richter. Jedenfalls kommen solche Fälle nicht bei der Regierung zur Anzeige.

Reg. Chef: Doch es kamen solche und wir haben dann diese Beschwerdefälle dem Verkehrsverein weitergeleitet, welcher unseren Standpunkt in der Sache eingenommen und die Beschwerden auch an die betreffenden Interessenten weitergegeben hat.

Titel X. Zinsen.

Präsident: macht die Anregung, dass zur Klarheit der Landesrechnung bemerkt werden sollte, wie weit die Verzinsung jeweils erfolgt ist. Es ist dies bei der bisher geübten Aufstellung nicht sichtbar und man gewinnt kein klares Bild. Dem sollte abgeholfen werden, dass man weiss, wie weit man ist.

Reg. Chef: Es wird dafür gesorgt werden, dass, dass die Aufstellung übersichtlich und klar gemacht wird.

Nach Verlesung der ganzen Landesrechnung klärt Reg. Chef über die Buchführung auf und weist darauf hin, dass die Betriebswirtschaft von 1931/32 effektiv unrund Frs. 200,000.- aktiv war, was zum grösstentheil aus der Erhöhung des Zollpauschales u.a. mehr sich zusammensetzt.

Was also das Land zu Beginn des Jahres 1931 vorgesehen hatte, hat es geleistet und hierfür sind die erwarteten Mittel auch eingegangen. Die ganze Rechnung macht ein erfreuliches Bild, wenn man bedenkt, dass andere Staaten schwer zu kämpfen haben. Der Ausblick ist wohl nicht mehr so günstig, denn auch hier verspürt man die allgemeine Weltkrise. Doch hoffen wir, dass die Bauten und grösse-

ren Arbeiten, die wir begonnen und beabsichtigt haben, fristgerecht und regelmässig beendet werden können.

Die Landesrechnung ist im Zuge, von der Ostschweizerischen Treuhandgesellschaft ziffernmässig überprüft zu werden. Sobald die Ueberprüfung vorgenommen ist, wird sie in Druck gelegt und den Herren Abgeordneten zugestellt werden.

Schluss der Sitzung um 15 Uhr.

←—————→ Nachtrag

Titel I.

Bei Pos. 11 weist Abg. Vogt Basil darauf hin, dass die Führung der Zivilstandsregister sehr mangelhaft sei. Es wäre gut, wenn einmal etwas nachgeschaut würde.

Präsident: Die Zivilstandsregisterbücher müssen dem Gesetze gemäss jährlich geprüft werden und für dieses Jahr ist mir diese Aufgabe zugewiesen worden. Die Kontrolle hat ergeben, dass im Grossen und Ganzen eine peinliche Ordnung herrscht. In ~~MM~~ Balzers war zufolge Sterbfall des alten Pfarrherrn ein kleiner Rückstand zu verzeichnen. Für die Führung der Familienbücher muss eine Verordnung der Regierung erlassen werden, die eine einheitliche Führung regelt. Bis jetzt besteht keine Norm und Regelung, wie diese Bücher zu führen sind. Es bestehen einzelne Differenzen bei Familien, die fremd sind. Die Eintragung geschieht verschieden und wird auch teilweise unterlassen. Es muss unbedingt eine einheitliche Regelung getroffen werden.

Vogt Basil: Es ist darauf hinzuweisen, ~~MM~~ dass nicht einmal die Zivilstandsregisterführer im eigenen Lande einander die nötigen Verständigungen zusenden. Es war letzthin ein Fall, der Abhilfe fordert. Die Eltern einer Familie sind gestorben und als die Kinder erben wollten, waren sie nirgends in den Registern eingetragen. Desgleichen scheinen noch ältere Fälle derartiger Natur nicht in Ordnung zu sein.

Präsident: Es kam vielhaft vor, dass protestantische Familien ihre neugeborenen Kinder überhaupt nicht anmeldeten, weshalb der Zivilstandsregisterführer auch nie eine Ahnung von einer Geburt bekam. Diese Anmeldepflicht ist auch heute noch zu sehr der Willkür des einzelnen überlassen.

Vogt Basil: In der Ausgabe der Heimatscheine sollte ebenfalls eine Neuregelung getroffen werden. Man weiss ja in keiner Gemeinde bestimmt, wieviel Bürger man hat. Diesem Uebel sollte gesteuert werden und zwar dadurch, dass man die Giltigkeitsdauer der Heimatscheine auf fünf Jahre beschränkt. Auch soll sogar Handel betrieben werden mit Ausweisschriften, wie ich zu bewähren in der Lage bin.

Präsident: regt an, im Wege einer Verordnung diese Sache zu regeln.

Reg. Chef: Die Anregung wird befolgt werden und wir werden im Laufe der Zeit wieder darauf zurückkommen.

Bei Punkt e) fragt Abg. Ferdi Risch an, ob der bei der Gesandtschaft in Bern letztes Jahr verlangte Tätigkeitsbericht nunmehr eingetroffen sei.

Reg. Chef: Bisher ist noch keiner vorgelegt worden.

Ferdi Risch: Wenn kein Bericht vorgelegt wird, wäre eventuell die Frage zu prüfen, ob es notwendig ist, ~~am~~ jedes Jahr diese grosse Summe für diesen Zweck auszugeben.

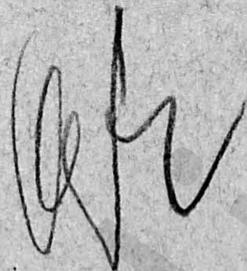
*W.*

Wilhelm Wöhrler  
Georg Frick

Nachtrag auf Wunsch des Abgeordneten B. Vogt, Balzers

Anstatt des Satzes "Vogt gibt sich zufrieden" wird nachgetragen:  
verspricht/

Reg. Chef: wird/die nötigen Informationen bei den Spitälern und  
Krankenhäusern der Umgebung einzuholen und zu gegebener Zeit darü-  
ber im Landtage zu berichten, womit Abg. Vogt zufrieden ist.



era-archiv